Erläuterungen:

Allgemeiner Teil

Beschreibung des Ist-Zustandes:

Die NÖ Gemeinden haben über den NÖ Krankenanstaltensprengel (NÖKAS) jährlich einen Beitrag zur Krankenanstaltenfinanzierung in Höhe des zum Betrieb und zur Errichtung, Umgestaltung oder Erweiterung der Krankenanstalten veranschlagten Erfordernisses zu entrichten (§ 66 iVm. § 72 NÖ KAG). Dieser Beitrag erhöht sich im Folgejahr mit dem für den Landesbeitrag festgelegten Faktor. Im Rahmen der sehr dynamischen Kostenentwicklung im Gesundheitsbereich sind zuletzt der Landesanteil und der Mitfinanzierungsanteil der Gemeinden entsprechend einer Vereinbarung im Kommunalgipfel stark gestiegen.

Beschreibung des Soll-Zustandes:

Mit der gegenständlichen Finanzausweisung sollen die Auswirkungen dieser Kostenentwicklung für die Gemeinden im Jahren 2025 bis 2027 durch eine Liquiditätsunterstützung aus allgemeinen Mitteln des Landes abgemildert werden.

Kompetenzgrundlage:

Die Kompetenz des Landesgesetzgebers gründet sich auf § 12 Finanz-Verfassungsgesetz 1948 - F-VG 1948.

Vollzugskompetenz:

Der Regelungsgegenstand des NÖ Gemeinde-Unterstützungsgesetzes 2025 (NÖ GUG 2025) ist eine finanzielle Transaktion von Landesvermögen an die NÖ Gemeinden. Es handelt sich daher um eine Finanzangelegenheit.

Einspruchsrecht der Bundesregierung:

Der Gesetzesentwurf unterliegt nicht dem Verfahren gemäß § 9 F-VG. Ein Zustimmungserfordernis der Bundesregierung besteht nicht.

Verhältnis zu anderen landesrechtlichen Vorschriften:

Der Gesetzesentwurf steht in keinem Widerspruch zu anderen landesrechtlichen Vorschriften.

EU-Konformität:

Dieser Gesetzesentwurf steht mit keinen zwingenden unionsrechtlichen Vorschriften in Widerspruch.

Probleme bei der Vollziehung:

Durch die Erlassung dieses Gesetzes wird mit keinen Problemen bei der Vollziehung gerechnet.

Darstellung der finanziellen Auswirkungen:

Dem Land entsteht im Jahr 2025 ein einmaliger finanzieller Aufwand in der Höhe von € 7.000.000,-- und in den Jahren 2026 und 2027 jeweils ein finanzieller Aufwand in der Höhe von 14.000.000,--.

Diese Beträge fließen den NÖ Gemeinden im selben Verhältnis zu, in dem sie Beiträge an den NÖKAS zahlen, somit je zu 50% im Verhältnis ihrer Finanzkraft und ihrer Einwohnerzahl.

Für den Bund entstehen keine finanziellen Auswirkungen.

Auswirkungen auf das Klimabündnis:

Die vorgesehenen Regelungen haben keine Auswirkungen auf die Erreichung der im Klimabündnis vorgegebenen Ziele.

Konsultationsmechanismus:

Gemäß der Vereinbarung zwischen dem Bund, den Ländern und den Gemeinden über einen Konsultationsmechanismus und einen künftigen Stabilitätspakt der Gebietskörperschaften, LGBI. 0814, unterliegt die vorliegende rechtsetzende Maßnahme nicht dieser Vereinbarung (Art. 6 Abs. 1 Z 3 dieser Vereinbarung).

Besonderer Teil

Zu § 1

Ein Betrag von insgesamt € 35.000.000,-- soll, verteilt über die Jahre 2025 (€ 7.000.000,--), 2026 (€ 14.000.000,--) und 2027 (€ 14.000.000,--) jeweils im Oktober des jeweiligen Jahres als Schlüsselzuweisung (§ 12 Abs. 1 F-VG 1948) an die Gemeinden im selben Verhältnis wie die NÖKAS-Umlage fließen. Das Verteilungsverhältnis ist somit entsprechend § 66 Abs. 1 NÖ Krankenanstaltengesetz (NÖ KAG), LGBl. 9440, zu berechnen.

Zu § 2

Nach der Überweisung der Finanzaufweisung im Oktober 2027 sind keine weiteren Vollziehungsakte erforderlich. Das Gesetz kann daher mit Jahresende 2027 wieder außer Kraft treten.